

Antrag H02: Enquete Kommission

Antragsteller*in:	Jusos Offenbach-Kreis
Status:	angenommen
Sachgebiet:	H - Gesundheit

- 1 Weiterleitung an: Bezirksparteitag, Juso Landeskonferenz, Juso Bundeskongress
- 2 Die Jusos setzen sich insbesondere durch die Juso-Abgeordneten im deutschen Bundestag
- 3 für eine Enquete-Kommission gesellschaftliche Inklusion ein.
- 4 Eine Enquete-Kommission soll als Instrumentarium des Parlaments eingesetzt werden, um
- 5 politisch und fachlich adäquat auf die unzureichende Umsetzung der UN-BRK zu
- 6 reagieren. Darauf weist der UN-CRPD[1]-Ausschuss in seiner kritischen Einschätzung im
- 7 Rahmen des jüngst abgeschlossenen Staatenprüfungsverfahrens hin. Durch das Einsetzen
- 8 einer entsprechend interdisziplinär zusammengesetzten Enquete-Kommission muss unter
- 9 Beteiligung aller relevanten Akteure und von Sachverständigen aus der Praxis, den
- 10 Selbstvertretungsorganisationen, Verbänden und der Wissenschaft eine Bestandsaufnahme
- 11 der Umsetzung von Inklusion in allen in der UN-BRK angesprochenen gesellschaftlichen
- 12 Bereiche (Bildung, Arbeit, Freizeit, Wohnen...) vorgenommen und exkludierende
- 13 Strukturen identifiziert werden. Sich daraus ergebende Notwendigkeiten zur
- 14 Veränderung müssen formuliert und in konkrete Maßnahmen und Zeitpläne gefasst werden.
- 15
- 16 [1] Convention of the Rights of Persons with Disabilities (Übereinkommen der Rechte
- 17 von Menschen mit Behinderungen)
- 18 [2] Bundesbehindertenbeauftragter Dusel

Begründung

Aus Sicht des CRPD Ausschusses ist in Deutschland „ein echter Paradigmenwechsel in Politik und Gesellschaft hin zu Inklusion und Selbstbestimmung nach Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention nicht festzustellen“. Inklusion ist nicht nur ein Recht für Menschen mit Behinderungen viel mehr ist Inklusion eine Frage an die demokratische Verfasstheit unserer Gesellschaft, denn Demokratie ist ohne Inklusion nicht möglich[1].

Die Sicherstellung der uneingeschränkten Teilhabe aller Bürger*innen stellt gerade in der aktuellen Zeit gesellschaftlicher Spaltungen und Ausgrenzung einen Kern der Gestaltung demokratischer Gesellschaftsstrukturen dar.

In den oben erwähnten aktuellen Final Conclusions des UN-CRPD-Ausschusses vom Oktober 2023 wird deutlich, dass es systematische Verletzungen des Rechts auf Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen gibt. Der vom CRPD Ausschusses geforderte echte Paradigmenwechsel ist nur durch ein überparteiliches Analysieren und Erstellen von Handlungsempfehlungen möglich.

[1] Bundesbehindertenbeauftragter Dusel